



Die Politik optimiert Produkte – und verfehlt die Verteilungsfrage der Altersvorsorge

Ute Pappelbaum

Der Bundestag hat mit dem Altersvorsorgedepot die nächste Reformstufe der privaten Altersvorsorge beschlossen. Ziel ist eine breitere Beteiligung, höhere Renditen und geringere Kosten. Parallel zeigt die neue SOEP-Auswertung des DIW jedoch ein stabiles Muster: Private und betriebliche Zusatzvorsorge bleiben ungleich verteilt – und erreichen die zentralen Risikogruppen weiterhin nur eingeschränkt.

Teilnahme ist keine Frage des Wollens, sondern des Könnens

Die Datenlage ist eindeutig. Von rund 45,5 Millionen Erwerbstätigen verfügen lediglich 15,5 Millionen über einen Riester-Vertrag. Noch entscheidender ist die soziale Verteilung: Im unteren Einkommensquintil liegt die Teilnahme bei etwa 7 Prozent, im oberen bei rund 30 Prozent. Ähnliche Unterschiede zeigen sich bei Bildung, Wohneigentum und Migrationshintergrund. Damit wird sichtbar, was politisch häufig unterschätzt wird: Vorsorge ist kein neutraler Konsumakt, sondern an ökonomische Voraussetzungen gebunden. Wer über geringe Einkommen verfügt oder Erwerbsunterbrechungen erlebt, hat weder die finanziellen Spielräume noch die Planungssicherheit für langfristige Kapitalbindung. Die Folge ist eine strukturelle Selektivität. Teilnahme ist nicht Ausdruck von Präferenz, sondern von Möglichkeit.

Förderung wirkt proportional – nicht sozial

Die staatliche Förderlogik verstärkt diesen Effekt. Zulagen und steuerliche Vorteile setzen eigene Beiträge voraus. Damit steigt die absolute Förderung mit der Sparleistung – und indirekt mit dem Einkommen. Ökonomisch entsteht eine Umkehr der intendierten Wirkung: Die Förderung kompensiert nicht, sie skaliert mit vorhandener Leistungsfähigkeit. Haushalte mit höheren Einkommen realisieren den größten Nutzen, während Haushalte mit niedrigen Einkommen trotz Förderung oft nicht teilnehmen. Das Ergebnis ist kein Ausgleich, sondern eine Verstärkung bestehender Vermögens- und Einkommensunterschiede im Alter.

Das Altersvorsorgedepot korrigiert Effizienz – nicht Zugang

Die Reform adressiert vor allem technische Schwächen des bisherigen Systems: hohe Kosten, geringe Transparenz und begrenzte Renditechancen. Standardprodukte und kapitalmarktnähere Anlageformen können diese Defizite tatsächlich reduzieren. Doch der zentrale Parameter bleibt unangetastet: die Freiwilligkeit. Damit bleibt auch die entscheidende Eintrittsbarriere bestehen. Die Reform verbessert die Bedingungen für diejenigen, die bereits teilnehmen oder teilnehmen können. Sie verändert jedoch nicht die strukturelle Nichtteilnahme derjenigen, die außen vor bleiben.

Betriebliche Vorsorge: Breiter, aber nicht flächendeckend

Auch die betriebliche Altersvorsorge zeigt, dass institutionelle Einbettung allein nicht ausreicht. Zwar ist ihre Verbreitung höher als bei der privaten Vorsorge, doch sie folgt eigenen Zugangsmustern. Beschäftigte in großen Unternehmen und stabilen Branchen profitieren überproportional. In kleinen Betrieben, bei atypischer Beschäftigung oder in fragmentierten Erwerbsbiografien bleibt die Teilnahme deutlich geringer. Damit reproduziert auch die zweite Säule die Ungleichheit der ersten – wenn auch auf anderem institutionellen Weg.

Gesellschaftliche Erwartung und Systemlogik driften auseinander

Besonders aufschlussreich ist die Erwartungshaltung der Bevölkerung: Rund 60 Prozent sehen den Staat in der Verantwortung, den Lebensstandard im Alter zu sichern. Gleichzeitig setzt die Politik weiterhin auf individualisierte Vorsorgeentscheidungen. Hier entsteht ein grundlegender Widerspruch. Ein System, das auf Eigenverantwortung basiert, trifft auf eine Gesellschaft, die kollektive Absicherung erwartet. Diese Divergenz ist nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch relevant: Sie beeinflusst Vertrauen, Teilnahmebereitschaft und langfristige Stabilität des Systems.

Konsequenz: Ohne strukturelle Verankerung bleibt Vorsorge selektiv

Die zentrale Erkenntnis der SOEP-Auswertung ist damit keine neue – aber eine belastbare: Freiwillige Systeme erreichen keine flächendeckende Verbreitung. Sie bleiben systematisch selektiv. Eine strukturelle Lösung würde die Teilnahmebedingung verändern müssen. Verpflichtende Elemente, automatische Einbeziehung oder kollektive

kapitalgedeckte Modelle würden Vorsorge institutionell verankern, statt sie individueller Entscheidung zu überlassen. Damit verschiebt sich jedoch der Zielkonflikt: von ungleicher Teilnahme hin zu Fragen von Arbeitskosten, Verteilung und politischer Akzeptanz. Die Reform des Altersvorsorgedepots verbessert die Architektur der Produkte, nicht jedoch die Architektur des Systems. Solange Vorsorge eine freiwillige Entscheidung unter ungleichen Bedingungen bleibt, wird sie ungleich verteilt sein. Die zentrale Lehre aus zwei Jahrzehnten Riester ist damit unverändert gültig: Nicht die Qualität der Vorsorgeprodukte entscheidet über soziale Wirkung – sondern die Struktur ihrer Nutzung.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949396/Die-Politik-optimiert-Produkte---und-verfehlt-die-Verteilungsfrage-der-Altersvorsorge/>